



Pressemitteilung
Kreistagsfraktion
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Landkreis Mainz-Bingen

Quo vadis Klimaschutz im Landkreis Mainz-Bingen?

In seiner jüngsten Sitzung hat der Kreistag Mainz-Bingen die Aktualisierung der Förderrichtlinie „KLIMAFIT-DURCHSTARTEN“ beschlossen. Ziel des im März 2021 gestarteten Förderprogramms ist es, Bürgerinnen und Bürger bei nachhaltigen Investitionen zu unterstützen und damit den Ressourcenverbrauch sowie den CO₂-Ausstoß spürbar zu reduzieren. Die ursprünglich zur Verfügung stehenden 500.000 Euro waren bereits nach kurzer Zeit ausgeschöpft, sodass keine Anträge mehr gestellt werden konnten. Daher soll das Programm nun mit weiteren 220.000 Euro ausgestattet werden. Ein Antrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, den Fördertopf erneut mit 500.000 Euro zu füllen, fand im Kreistag keine Mehrheit.

Anreize für mehr Klimaschutz schaffen

„Gerade das hohe Antragsaufkommen in der ersten Förderperiode zeigt auf, dass unter den Einwohnern des Landkreises ein hohes Interesse besteht, aktiv zum Klimaschutz beizutragen“, erklärt Fraktionssprecher Klaus Reinheimer. Die Motivation, etwas für das Klima zu tun, sei groß. Diesen Trend solle man durch zusätzliche

finanzielle Anreize weiter unterstützen. Angesichts des breiten Förderspektrums - von Gebäudesanierung über Batteriespeicher und klimafreundliche Mobilität bis hin zu Regenwassernutzung oder Flächenentsiegelung – müssten freilich ausreichend Mittel zur Verfügung stehen.

Verpasste Chance

Seitens der SPD war in der Kreistagssitzung zunächst eindringlich auf die Notwendigkeit von Klimaschutzmaßnahmen hingewiesen worden. Der akute Handlungsbedarf wurde auch von anderen Kreistagsmitgliedern betont. Leider wurden die Klimaschutzbekenntnisse in der Abstimmung dann wieder konterkariert. Mehrheitlich wurde der Antrag der Grünen abgelehnt. „Wir bedauern diese Entscheidung sehr, da der Landkreis eine Chance verpasst hat, ein Signal zu setzen, sich mehr für den Klimaschutz zu engagieren“, betont Klaus Reinheimer. Dies insbesondere, da eine Finanzierung des Klimaschutzförderprogramms in der beantragten Höhe gesichert gewesen wäre. Der Vorschlag der Grünen sah vor, nicht abgerufene Mittel aus der Ehrenamtsförderung für den Klimaschutz einzusetzen.

Aufstockung wäre finanzierbar

„Da das Antragsfenster zum 1. September 2021 schließt, wäre unter Berücksichtigung der bereits eingegangenen Anträge aktuell immer noch ein Betrag in Höhe von 280.000 Euro verfügbar gewesen“, rechnet Jörg Gräf, haushaltspolitischer Sprecher der Fraktion, vor. Dennoch wurde der Antrag von den Fraktionen von CDU, SPD, FWG und AfD mehrheitlich abgelehnt. Wichtig ist den Grünen, dass sich die Umschichtung der Fördermittel mitnichten gegen das Instrument der Ehrenamtsförderung richtet. „Es gab (und gibt) keine Zielsetzung unserer Fraktion, ehrenamtliche Förderungen des Landkreises zu vernachlässigen, auch wenn dies irrtümlich von den

Fraktionen der SPD und FWG so dargestellt wurde“, unterstreicht Fraktionssprecher Klaus Reinheimer.